

Potsdam, 15.9.2022

## TOP 4

### **Kita-Rechtsreform fortsetzen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Drucksache [7/5498](#)

*Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport*

*Drucksache [7/6246](#)*

### **Rede der bildungspolitischen Sprecherin Kathrin Dannenberg**

**Es gilt das gesprochene Wort.**

Anrede,

gestern konnten wir vor dem Landtag den zweiten großen beeindruckenden Protest vieler Menschen erleben. „Pappesatt“ riefen die Eltern, Erzieher\*innen in Kita und Hort, Vertreter\*innen der Träger. Die Reform darf nicht in der Kiste verschwinden. **Wir brauchen ein neues Kitagesetz jetzt!**

Wenn hier einige Abgeordnete glauben, dass mit dem heutigen Tag der Protest erledigt ist, **sind Sie auf dem Holzweg.**

**Wie versprach gestern Katharina Kahl, Vorsitzende des Landeskitaelternbeirates: Zitat: „Wir sind gekommen, um zu bleiben- und das werden wir mahndend, offen, gesprächsbereit, interessiert und hartnäckig.“**

Und das ist auch richtig so, denn alle haben erkannt- ein **neues Kitagesetz** in Brandenburg ist dringend erforderlich.

**Warum ist tausendmal gesagt.**

Jeder, der mit dem Kitagesetz in Berührung kommt, ob Eltern, Träger, Landkreise- das Land selbst- weiß um die vielen Konflikte:

um Versorgungs- und Rechtsansprüche

Finanzierungszuständigkeiten und zu finanzierende Kosten der Kindertagesbetreuung und Personalbemessungsfragen.

Jeder kennt die immens aufwändige Bürokratie

rechtsunsichere unsoziale Kitagebühren in manchen Kommunen des

### **Und mal abgesehen davon:**

Es geht um unsere Kleinsten- es geht um eine gute frühkindliche Bildung, es geht um Qualitätsstandards, die wir festschreiben und schrittweise umsetzen müssen. Kita ist nicht nur Betreuung- Kita ist Bildung. Das haben wir langfristig abzusichern! In allen Regionen des Landes.

**Und nein: nicht Eltern, nicht Träger und auch nicht 13 Landkreise bzw. Jugendhilfeausschüsse- Potsdam, Frankfurt, CB, Brandenburg, Barnim, Havelland, Märkisch- Oderland, Oberhavel, Oder Spree, Ostprignitz Ruppin, Potsdam Mittelmark, Teltow Fläming, die Uckermark, plus eine Vielzahl von Stadtverordnetenversammlungen, der Landes Kinder und Jugendausschuss** haben kalte Füße bekommen.

Im Gegenteil: sie haben sich per Beschluss oder mit Appellen für die Fortsetzung der Kitareform ausgesprochen- diese noch in dieser Legislatur erfolgreich zu beenden! Das können Sie doch nicht ignorieren!

**Kalte Füße hat der Landkreistag und der Städte- und Gemeindebund. So auch die Landesregierung- sie Frau Ministerin Ernst und ganz sicher auch Ihre Finanzministerin.** Sie verstecken sich hinter Ausreden, die für die Menschen nicht nachvollziehbar sind. Das Votum gewählter Volksvertreter\*innen scheint Ihnen egal zu sein.

**Vergessen sind die Versprechen des Koalitionsvertrages**, auf den Sie sich in jeder Rede hier alle berufen. Ja, die Verbesserungen im Personalschlüssel und die immer wieder angekündigte Beitragsfreiheit- alles gut, löst jedoch das grundsätzliche Problem nicht. Und das wissen Sie ganz genau.

Werte Abgeordnete.

**Der Bildungsausschuss hat sich in 2 Sitzungen mit der Fortsetzung der Reform befasst.**

**Deutlich wurde:**

Frau Ministerin Ernst, Sie haben Zeit verstreichen lassen. Ihnen ist es nicht gelungen ganze 4 Monate zu nutzen eine erkennbare Kommunikation mit den Landkreisen bzw. Jugendämtern aufzubauen, um Fehlannahmen zu korrigieren, strittige Themen zu bearbeiten, konstruktive Vorschläge zu unterbreiten- mit dem Ziel den Reformprozess wieder in Gang zu setzen.

Denn im Fachgespräch wurde doch deutlich, dass die blockierende Haltung des Landkreistages nicht vordergründig in der Überlastung zu liegen scheint, sondern eher im fehlenden Vertrauen gegenüber dem Land, verbunden mit der Angst bei einem neuen Kitagesetz noch tiefer in die kommunale Tasche greifen zu müssen.

Was ist das für eine Politik? **Niemand kann Ihr Agieren nachvollziehen.**

**Es geht also ums Geld. Das ist der Punkt.** Aber dafür fehlt die Faktenlage: Die Ergebnisse der 2. Finanzierungsstudie werden im Dezember 2022 vorliegen. 3 Landkreise werden durchrechnen. Gut so. Danach muss man sich einigen.

Ihr eigenes Haus, das MBS signalisiert, dass es durchaus den Gesetzentwurf fristgerecht vorlegen kann. Auch gut so.

Also warum auf die lange Bank schieben.

Ja, die Bildungspolitiker\*innen der Koalition haben sich bewegt. Ich weiß, um Ihre Anstrengungen.

Aber: Es bleibt lediglich bei einem Bekenntnis, einen Zeitplan einzufordern und den Kommunen mehr Zeit zu geben. Wir als Gesetzgeber geben die Verantwortung an die Landesregierung ab.

Ich bitte Sie: **Das ist nur heiße Luft! Ein viel zu kleiner Schritt, den wir so nicht mittragen werden.**

**Meine Fraktion fordert daher 2 Dinge:**

**Die Landesregierung soll den Entwurf für ein neues Kitagesetz so rechtzeitig vorlegen, dass in dieser Legislatur das Gesetz durch den Landtag verabschiedet werden kann. Zeit ist genug!**

**In Kraft treten kann das Gesetz im Kitajahr 2025, um den Kommunen Zeit für die Umsetzung zu ermöglichen.**

**Den EA der AfD lehnen wir ab. Ihre Zeitvorgaben für die Umsetzung sind unrealistisch.**

Kein Kitagesetz in dieser Legislatur wäre wiederum der Bruch eines Versprechens. Tun Sie das den Kindern, den Familien, den Trägern, den Kommune nicht an!